

Medienförderung neu gestalten

Wo kommen wir her?

Die Nutzung digitaler Produkte und Möglichkeiten ist allgegenwärtig: im Jahr 2025 nutzen alleine in Deutschland 65,5 Millionen Menschen Soziale Medien, Google bearbeitet täglich über eine Milliarde Anfragen weltweit und über Amazon werden täglich schätzungsweise 1,6 Millionen Produkte weltweit verkauft. Auf der anderen Seite erzeugen Alphabet, Apple, Amazon, Meta, Microsoft und Netflix mehr als die Hälfte des gesamten globalen Datenverkehrs¹.

Kurz gesagt: Das moderne Leben ist ohne digitalen Einfluss und Vernetzung heutzutage schlicht nicht mehr denkbar. Für das Land bedeutet das, einen vernünftigen Umgang und wo nötig eine zielführende Regulierung der digitalen Welt zu finden. Leider haben es Baden-Württemberg, Deutschland und sogar die EU bisher verschlafen, der schleichenden Monopolisierung einzelner großer Plattformen etwas Stichhaltiges entgegen zu setzen. Die großen Plattformen verdienen daher nicht nur teilweise mehr, als ganze Staaten einnehmen, sondern haben aufgrund ihrer Präsenz einen ungeahnten Einfluss auf die Gesellschaft. Nur einmal zum Vergleich: Europas größter Industriekonzern Volkswagen erzielte im Jahr 2023 mit einem Gewinn von 22,6 Milliarden Euro nur etwa ein Fünftel des Gewinns von Alphabet.

Das zeigt ganz deutlich: Werden Deutschland und Europa nicht langsam zum Mitspieler auf dem digitalen Markt, ist eine finale Monopolisierung von Google, Meta und Co. kaum mehr aufzuhalten. Das wiederum gefährdet nicht nur die Medienvielfalt in Deutschland, sondern letztlich im schlimmsten Fall die Demokratie. Und damit nicht genug: die großen Plattformen erreichen durch geschickte Gewinnverschiebung, dass sie in Deutschland und der EU faktisch keine Steuern zahlen und gleichzeitig die hier bestehende Infrastruktur für ihre Zwecke nutzen. Denn es gilt: die Gewinne sind da zu versteuern, wo sie entstehen. Die so bestehende Steuerpflicht wird durch künstliche Kleinrechnung und Verschiebungen seitens der Plattformen allzu oft umgangen. Denn digitale Dienstleistungen können überall erbracht

¹ cepStudie_Digitale Dienstleistungen Europäische Lösungsansätze für eine faire Besteuerung multinationaler Digitaldienstleister, S. 78

werden, eine örtliche Niederlassung oder ähnliches ist dafür schon lange nicht mehr nötig. Aber die EU hat darüber bislang großzügig hinweggesehen und es bis heute nicht geschafft, eine echte Digitalsteuer, wie bereits 2018 geplant, einzuführen. Kurzum, es stimmt schlicht die Kosten-Nutzen-Rechnung nicht mehr. Zumal sich die EU und Deutschland immer mehr in ein Abhängigkeitsverhältnis begeben und die eigene Gestaltungsmöglichkeit der digitalen Zukunft dahinter zurückbleibt. Digitale Souveränität und Selbstbewusstsein sieht anders aus!

Wo wollen wir hin?

Den Vorstoß von Bundeskulturstaatsminister Weimer, eine Digitalabgabe für Tech-Riesen am Beispiel der Besteuerung von Onlinewerbeleistungen durch Österreich einzuführen, unterstützt die CDU-Landtagsfraktion daher unbeding. Selbstverständlich muss dabei klug vorgegangen werden, gerade aufgrund des anhaltenden Zollstreites mit den USA. Gut vorstellbar wäre, analog der Regelungen im Nachbarland, eine Steuer für Werbung, die auf Geräten mit deutscher IP angezeigt wird und sich an Deutsche Nutzer richtet. Dies natürlich erst ab einer gewissen Wertgrenze. Eine Tech-Abgabe etwa in Höhe von 10 % wäre ein starkes und deutliches Zeichen an die Plattformen, dass es nicht schlicht ein ‚Weiter-so‘ geben kann. Denn mit einer Abgabe in diesem Sinne wäre der deutsche Markt nicht nur Abnehmer und Nutzer, sondern auch Profiteur der immensen Angebote der Tech-Giganten, durch Steuereinnahmen in angemessener Höhe.

Aber für die CDU-Landtagsfraktion ist eines entscheidend: eine solche Abgabe muss der Medienwelt äquivalent und ungeschmälert aber technologieoffen zu Gute kommen. Wir fordern daher, dass die Tech-Abgabe ohne Umschweife in die mediale Infrastruktur investiert wird. Damit sollten die Wettbewerbsbehörden gestärkt und nationale Kooperationen in der Medienwelt gefördert werden, um eigene Produkte groß zu machen. Gleichzeitig sollten Mittel für einen starken Datenschutz verwendet werden, um klassischen Medien bessere Zugriffsmöglichkeiten zu eröffnen. Weiterhin müssen journalistische Produkte einen besseren Schutz erfahren und es sollte endlich die Zustellförderung eingeführt werden, die seit langem versprochen wird, um auch die regionale Berichterstattung zu erhalten. Es kann damit ebenfalls eine zielführende Lösung für die Umstellung der UKW Frequenzen gefunden und finanziert werden, auch um so die Infrastruktur des Hörfunks auszubauen und insgesamt nachhaltig zu unterstützen. Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich für eine ausgewogene Förderung aller relevanten Verbreitungstechnologien im Hörfunk aus – darunter UKW, DAB+, IP-Streaming und Hybridmodelle. Ziel ist es, die langfristige Versorgungssicherheit und Vielfalt der

Medienförderung neu gestalten

Hörfunklandschaft zu gewährleisten. Auch sollte die Games Landschaft damit endlich final als Wirtschaftszweig ausgebaut und so gefördert werden, dass eine echte Entwicklung nach vorne möglich wird.

Werfen wir zum Abschluss einen hoffnungsvollen Blick auf mögliche Einnahmen: in Österreich steigen diese aus der Digitalsteuer von Jahr zu Jahr an und lagen zuletzt (2024) bei 124 Millionen Euro. Dies wäre ein deutlicher Zuwachs für den Medienstandort Deutschland, für den es sich einzutreten lohnt.